

# Rentenalter 67 gegen die 10-Millionen-Schweiz

*Reformen gegen Teilzeit und für längeres Arbeiten können die Zuwanderung bremsen*

FABIAN SCHÄFER, BERN

Das Ziel ist klar: «Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz darf zehn Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten.» So steht es geschrieben im ersten Satz der SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz». Doch je näher die Abstimmung vom 14. Juni rückt, desto deutlicher zeigt sich, dass der Weg zum Ziel weniger klar ist.

Die Initiative legt nur fest, was passieren muss, wenn es bereits zu spät ist, weil der 10-Millionen-Deckel nicht eingehalten werden konnte: Zwei Jahre nach dem erstmaligen Überschreiten des «Grenzwerts» müsste der Bund explizit die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigen. In diesem Punkt ist die Initiative so klar, dass sie laut Staatsrechtlern direkt anwendbar wäre.

## Den Wohlstand nicht gefährden

Vage bleibt hingegen, was Bundesrat und Parlament genau machen müssten, damit es nicht so weit kommt und die 10-Millionen-Schweiz nicht vor 2050 Realität wird. Zwar sieht die Initiative vor, dass die Politik bereits ab 9,5 Millionen Einwohnern Massnahmen ergreifen muss. Diese sollen «insbesondere» im Asylbereich und beim Familiennachzug greifen. Die Statistik zeigt jedoch, dass sich die Zuwanderung damit kaum markant bremsen lässt.

Asylsuchende beispielsweise machen entgegen der SVP-Rhetorik nur einen kleinen Teil der Migration aus. In den vergangenen 25 Jahren entfielen gemäss Bund im Durchschnitt 8 bis 13 Prozent der Nettozuwanderung auf den Asylbereich. Selbst wenn sich dieser Anteil weiter reduzieren lässt, wird dies kaum ausreichen, um das 10-Millionen-Ziel einzuhalten.

Somit fragt sich, was Bundesrat und Parlament bei der Umsetzung zusätzlich beschliessen könnten, um die Vorgaben der Initiative einzuhalten, damit die Schweiz nicht die Personenfreizügigkeit und somit den bilateralen Weg mit der EU als Ganzes beenden muss. Weil die Zuwanderung vor allem von der Wirtschaftsentwicklung abhängt, liesse sie sich durch eine Rezession in der Schweiz am wirkungsvollsten drosseln. Aber das kann nicht das Ziel sein.

Die grosse Preisfrage ist, wie die Schweiz die Zuwanderung bremsen könnte, ohne den Wohlstand zu gefährden. Die Antwort ist nicht schwierig, aber auch nicht populär: Würde die einheimische Bevölkerung mehr Erwerbsarbeit leisten, müsste die Wirtschaft grundsätzlich weniger Angestellte aus dem Ausland rekrutieren.

Dabei geht es auch um ein Thema, das politisch und medial dieser Tage für Kontroversen sorgt: Teilzeitarbeit. Unlängst hat der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) eine Analyse zum Thema publiziert, in der er unverblümt den Be-

griff «Lifestyle-Teilzeit» verwendet. Damit sind Personen gemeint, die nicht wegen Kinderbetreuung, Krankheit oder fehlender Stellenangebote auf ein Vollzeitpensum verzichten, sondern ganz einfach, weil sie es sich leisten können – weil sie auch mit einem kleineren Pensum gut über die Runden kommen und deshalb lieber ihre Freizeit optimieren.

## Ungenutztes Potenzial bei Ü 50

Wer nun meint, die «Lifestyle-Teilzeit» sei vor allem bei den angeblich arbeitsscheuen Jungen der Generation Z verbreitet, liegt falsch: Gemäss der Analyse des SAV sind es insbesondere Personen über 50, die mehr arbeiten könnten, aber nicht wollen. Das «grösste ungenutzte Arbeitskräftepotenzial» liege bei mittleren und älteren Gruppen, so der Verband. Anzuführen ist, dass Schweizer Akademiker schon in jüngeren Jahren relativ häufig ohne Not auf ein Vollpensum verzichten (bis zu 10 Prozent). Schweizer arbeiten öfter freiwillig Teilzeit als Ausländer, Personen mit Hochschulbildung öfter als jene ohne. Will heissen: «Lifestyle-Teilzeit» ist ein Wohlstandsphänomen.

Ebenso klar ist, dass sie die Zuwanderung zusätzlich antreibt. Wer sein Pensum senkt, erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass jemand aus einem anderen Land eingestellt wird. Der SAV liefert eine Gröszenordnung: Würden all jene, die derzeit freiwillig Teilzeit arbeiten, ihr Pensum auf

100 Prozent aufstocken, ergäbe dies ein Potenzial von 86 000 Vollzeitstellen. Das ist vergleichbar mit dem Wanderungssaldo in einem Jahr mit viel Migration.

Somit bietet sich als Teil der Umsetzung der 10-Millionen-Initiative eine Steuerreform an, die darauf abzielt, dass nur noch jene Teilzeit arbeiten, die keine andere Wahl haben. Im Parlament sind bereits Vorstösse mit dieser Stossrichtung hängig, bislang fehlen aber konkrete Vorschläge. Der Bundesrat hat jedoch in einer Stellungnahme die Problematik bestätigt: «Vor allem bei höheren Einkommen» bestünden negative Anreize, die gegen ein Vollzeitpensum sprächen. Fachleute des Finanzdepartements sollen nun «Massnahmen zur Attraktivierung von höheren Arbeitspensen» ausarbeiten.

Es gäbe noch eine zweite Option zur Reduktion der Zuwanderung, die technisch wesentlich einfacher wäre: Die Schweiz könnte das ordentliche Rentenalter von 65 Jahren auf 66 oder 67 erhöhen. Auch dies würde direkt den Fachkräftemangel reduzieren und in der Folge die Zuwanderung.

Dieser Hebel wäre heute besonders wirkungsvoll, weil in nächster Zeit Jahrgänge das Rentenalter erreichen, die nicht einfach nur sehr gross sind, sondern vor allem deutlich grösser als die Jahrgänge, die neu in den Arbeitsmarkt nachrücken. Das führt dazu, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ohne Zuwanderung stetig schrumpfen würde. Die «Lücke» zwischen 65- und 20-Jähri-

gen dürfte in nächster Zeit gemäss Zahlen des Bundes 20 000 bis 30 000 Personen pro Jahr umfassen.

Umso wirkungsvoller wäre eine sukzessive Erhöhung des Rentenalters: Sie hätte das Potenzial, die Nettozuwanderung gegenüber den bisherigen Szenarien um bis zu 23 Prozent zu reduzieren. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie des Büros Ecoplan im Auftrag des Bundes. Sie befasste sich mit der Renteninitiative der Jungfreisinnigen, die das Rentenalter an den Anstieg der Lebenserwartung koppeln wollte, vor zwei Jahren aber krachend scheiterte (75 Prozent sagten Nein).

## Maximal unpopulär

Hier liegt denn auch das Problem: Ein höheres Rentenalter ist offenkundig maximal unpopulär. Nur so lässt sich erklären, dass der mehrheitlich bürgerliche Bundesrat die Lücken in der Finanzierung der AHV praktisch ausschliesslich über höhere Abgaben decken will. Er wagte es nicht, ein höheres Rentenalter vorzuschlagen, um die Mehrbelastung zu mildern.

Bei der SVP sieht es nicht viel anders aus. Obwohl ein höheres Rentenalter die Migration bremsen würde, sprach sich der Parteipräsident Marcel Dettling in einem NZZ-Interview vergangenes Jahr dagegen aus. Begründung: «Das Volk will das nicht.»